

Stand: 29.01.2026 23:04:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5391

"Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5391 vom 26.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6393 des GP vom 18.03.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6531 vom 06.05.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 06.05.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den laufenden Prozess zur Einführung einer staatlich anerkannten Weiterbildung für die pädiatrische Pflege nach der generalistischen Pflegeausbildung mit aller Kraft zu unterstützen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über folgende Punkte zu berichten:

- Wie die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Staatsministerium und der Vereinigung der Pflegenden (VdPB) bisher stattfand,
- zum Stand und zu den Mitgliedern in der durch die VdPB gegründeten Arbeitsgruppe, die eine Weiterbildung der pädiatrischen Pflege entwickeln soll,
- über bereits bestehende strukturierte Einarbeitungskonzepte für die Absolventinnen und Absolventen der Pflegeausbildung für den Einsatz bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat (z. B. Best Practice Beispiele).

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, welche (weiteren) personellen Ressourcen notwendig sind und welche Kosten eine staatliche und finanzierte Weiterbildung verursacht.

Begründung:

Die Verantwortung, eine staatlich anerkannte Weiterbildung zu entwickeln, obliegt den Ländern. Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) hat, beauftragt durch die Staatsregierung, eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Weiterbildung für die pädiatrische Pflege entwickeln soll. Ursprünglich war geplant, dass dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention bis zum Ende des Jahres 2024 ein Entwurf für solch eine Weiterbildung vorgelegt wird. Die Staatsregierung soll sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, hier schnellstmöglich voranzuschreiten.

Die generalistische Pflegeausbildung wurde 2020 eingeführt und ersetzt die bisherigen Ausbildungen in der Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und Altenpflege. Die dreijährige Berufsausbildung fasst die drei Berufsbilder zusammen und schließt mit der einheitlichen Berufsbezeichnung Pflegefachfrau oder Pflegefachmann ab. Die generalistische Pflegeausbildung soll zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen befähigen und ist international anschlussfähig. Die Reform der Pflegeausbildung hin zu einer generalistischen Ausbildung und die Option zu einer hochschulischen Pflegeausbildung war ein Meilenstein für die Profession Pflege.

Im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung können die Auszubildenden einen Vertiefungseinsatz in der pädiatrischen Versorgung wählen. Gemäß § 59 Pflegeberufsgesetz haben die Auszubildenden das Wahlrecht, einen gesonderten Berufsabschluss (Abschluss Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin / -pfleger) zu wählen. Die Wahl kann im letzten Ausbildungsabschnitt getroffen werden, sofern in ihrem Ausbildungsvertrag ein Vertiefungseinsatz in der Pädiatrie vereinbart wurde. In den letzten Jahren gab es immer wieder Diskussionen um die generalistische Pflegeausbildung. Häufig wurde die Generalistik für den Personalmangel in der Pädiatrie verantwortlich gemacht. Der Mangel an Fachpersonal besteht allerdings nicht erst seit der Generalistik und die Gründe für den Personalmangel haben ganz unterschiedliche Ursachen. Im Juli 2024 hat das Statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass die generalistische Pflegeausbildung erfolgreich angenommen wird und die Zahl der Absolventinnen zugenommen hat. Etwa 99 Prozent der Absolventinnen und Absolventen haben den generalistischen Weg der Ausbildung gewählt.

Bis Ende 2025 ist mit einer Evaluierung des Pflegeberufsgesetzes zu rechnen, u. a. ob weiterhin ein Bedarf für die gesonderten Berufsabschlüsse in der Altenpflege oder der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege besteht.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) begleitet den Prozess der neuen Pflegeausbildung. In einer Datenerhebung wurden 82 Personen, im Zeitraum von September bis Dezember 2022, zum Wahlrecht der Berufsabschlüsse befragt. Die meisten der interviewten Personen haben sich für eine strukturierte Weiterbildungslandschaft und für neue Einarbeitungskonzepte im Anschluss an die Ausbildung ausgesprochen.

Debatten darüber, die Generalistik zurückzudrehen und die Ausbildung zur Kinderkrankenpflege wiedereinzuführen, sind nicht der richtige Weg. Vielmehr bedarf es eines intensiven Einsatzes und politischen Willens, weiterführende Spezialisierungen sicherzustellen. In den meisten anderen Berufen im Gesundheitswesen werden Auszubildende generalistisch ausgebildet und sie entscheiden sich dann für eine Spezialisierung. Für das Berufsbild der professionellen Pflege und die wachsenden Anforderungen müssen neue Strukturen aufgebaut werden, statt mit alten Lösungen neuen Herausforderungen begegnen zu wollen. Das steigert letztlich auch die Attraktivität des Pflegeberufs.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/5391**

Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der erste Absatz erhält folgende Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, den laufenden Prozess zur Erarbeitung eines Weiterbildungskonzepts zur pädiatrischen Pflege nach der generalistischen Pflegeausbildung weiterhin mit aller Kraft zu unterstützen ebenso wie die Einführung einer staatlich anerkannten Weiterbildung für die pädiatrische Pflege zu prüfen.“

2. Der dritte Absatz wird gestrichen.

Berichterstatter:

Andreas Hanna-Krahl

Mitberichterstatter:

Thomas Zöller

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 18. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

SPD: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/5391, 19/6393

Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den laufenden Prozess zur Erarbeitung eines Weiterbildungskonzepts zur pädiatrischen Pflege nach der generalistischen Pflegeausbildung weiterhin mit aller Kraft zu unterstützen ebenso wie die Einführung einer staatlich anerkannten Weiterbildung für die pädiatrische Pflege zu prüfen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über folgende Punkte zu berichten:

- Wie die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Staatsministerium und der Vereinigung der Pflegenden (VdPB) bisher stattfand,
- zum Stand und zu den Mitgliedern in der durch die VdPB gegründeten Arbeitsgruppe, die eine Weiterbildung der pädiatrischen Pflege entwickeln soll,
- über bereits bestehende strukturierte Einarbeitungskonzepte für die Absolventinnen und Absolventen der Pflegeausbildung für den Einsatz bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat (z. B. Best Practice Beispiele).

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Keine Verzögerung bei Sanierung des Schienennetzes!
Drs. 19/5020, 19/6400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen: Wegfall der Wohnungsgeberbestätigung
Drs. 19/5030, 19/6172 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten I: Plattform mit bayernweit einheitlichen Standards zur Aktenversendung
Drs. 19/5031, 19/6173 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen
Drs. 19/5032, 19/6174 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten III: Wartezeitauskunft der Deutschen Rentenversicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis digitalisieren
Drs. 19/5033, 19/6175 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten IV: Bei befristeten Aufenthaltstiteln auf Passdaten verzichten
Drs. 19/5034, 19/6177 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten V: Biometriedaten zur Verlängerung befristeter Aufenthaltstitel sichern
Drs. 19/5035, 19/6179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Offensive „Unternehmensnachfolge Bayern“
Drs. 19/5085, 19/6389 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft der Sozialwirtschaft II:
Digitalbonus auch für Unternehmen der Sozialwirtschaft
Drs. 19/5104, 19/6186 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

10. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Daniel Halemba u.a. und Fraktion (AfD)
LKW-Führerschein für die Mitglieder der Blaulichtfamilie vereinfachen!
Drs. 19/5188, 19/6399 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anerkennung ausländischer Physiotherapie-Abschlüsse in Bayern
Drs. 19/5209, 19/6392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen
Drs. 19/5391, 19/6393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation I: Lehrpläne im Fach Biologie anpassen – Wissenschaftspropädeutische Aufklärung über Pubertätsblocker und Transitionstherapien an bayerischen Schulen
Drs. 19/5453, 19/6075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation II: Psychische und physische Gesundheit im Kontext von Pubertätsblockern und Transitionstherapien an bayerischen Schulen
Drs. 19/5454, 19/6224 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation III: Integration der wissenschaftlich fundierten Aufklärung über Pubertätsblocker und Transitionstherapien in der generalistischen Pflegeausbildung
Drs. 19/5455, 19/6394 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Schulleitungen in Bayern wirksam entlasten!
Drs. 19/5481, 19/6499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH